



Sozialchauvinismus melden

Liebe Betroffene von Diskriminierung aufgrund von Armut, Wohnungslosigkeit oder Drogenkonsum, liebe Angehörige, liebe Sozialarbeiter*innen, Mitarbeitende von Hilfsorganisationen, Ehrenamtliche, Nachbar*innen und solidarische Zivilgesellschaft, die Berliner Register erfassen berlinweit diskriminierende Vorfälle, um diese sichtbar zu machen und zivilgesellschaftliches Handeln dagegen zu stärken.

Im Jahr 2025 haben die Berliner Register mit insgesamt 8.286 dokumentierten Vorfällen verschiedener Diskriminierungsformen einen neuen Höchststand erreicht – 566 mehr als im Vorjahr. Diese Entwicklung zeigt einerseits eine zunehmende Sensibilisierung innerhalb der Stadtgesellschaft. Andererseits beobachten wir, dass menschenfeindliche Einstellungen offener geäußert werden und häufiger in Ausgrenzung, Bedrohungen, Sachbeschädigungen oder gewalttätigen Angriffen münden.

Zu den von uns erfassten Kategorien gehört auch **Diskriminierung aufgrund von Armut, Wohnungslosigkeit oder Drogenkonsum (Sozialchauvinismus)**.

Sozialchauvinismus beschreibt die Vorstellung, bestimmten gesellschaftlichen Gruppen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation oder ihrer Zugehörigkeit zu einem vermeintlich „etablierten“ Milieu, einer Schicht oder Klasse überlegen zu sein. Menschen, die arm sind, Sozialleistungen beziehen, wohnungs- oder obdachlos sind oder Drogen konsumieren, werden häufig pauschal als „leistungsunwillig“ oder selbst verantwortlich für ihre Lebenssituation dargestellt. Daraus wird oft abgeleitet, dass ihnen weniger Rechte, gesellschaftliche Teilhabe oder staatliche Unterstützung zustehen. Zum Sozialchauvinismus zählt deshalb auch Obdachlosenfeindlichkeit.

Diese Einstellungen bleiben nicht folgenlos. Sie äußern sich in **Beleidigungen, Ausgrenzung, entwürdigender Behandlung, Benachteiligungen im Alltag, Vertreibungen aus dem öffentlichen Raum oder körperlichen Angriffen**. Häufig werden solche Vorfälle als „normal“ hingenommen oder gar nicht erst als Diskriminierung erkannt.

Im Jahr 2025 wurden den Berliner Registern **25 sozialchauvinistische Vorfälle** gemeldet. Wir gehen jedoch davon aus, dass diese Zahl das tatsächliche Ausmaß bei Weitem nicht widerspiegelt und das Dunkelfeld erheblich größer ist. Viele Vorfälle werden aus unterschiedlichen Gründen nicht gemeldet: Manche Betroffene wissen nicht, dass sie Vorfälle melden können. Andere befürchten, dass ihnen nicht geglaubt wird oder sie erneut Diskriminierung erfahren. Viele Betroffene befinden sich zudem in belastenden Lebenssituationen, in denen die Dokumentation eines Vorfalls verständlicherweise nicht an erster Stelle steht. Gleichzeitig erreichen uns zahlreiche Vorfälle aus Einrichtungen der Wohnungs- oder Suchthilfe nicht, obwohl sie dort bekannt werden.

Doch jede Meldung ist wichtig.



Denn **hinter jeder Meldung steht ein Mensch, der aufgrund seiner Lebenssituation abgewertet, ausgeschlossen oder benachteiligt wurde.** Gleichzeitig helfen Meldungen dabei, sichtbar zu machen, wo und in welcher Form Sozialchauvinismus in Berlin auftritt. Erst durch diese Sichtbarkeit können Entwicklungen erkannt, Öffentlichkeit geschaffen und politische sowie gesellschaftliche Gegenmaßnahmen eingefordert werden.

Dabei sind nicht nur körperliche Angriffe relevant. Auch **Beleidigungen, entwürdigende Behandlung, Benachteiligungen beim Zugang zu Dienstleistungen, diskriminierende Äußerungen, Vertreibungen aus dem öffentlichen Raum, die Verweigerung von Teilhabe oder andere Formen der Ausgrenzung** sind wichtige Vorfälle, die dokumentiert werden sollten.

Deshalb möchten wir euch ausdrücklich ermutigen:

Wenn ihr aufgrund von Armut, Wohnungslosigkeit oder Drogenkonsum diskriminiert werdet, einen solchen Vorfall erlebt, beobachtet oder davon erfahrt, meldet ihn bei den Berliner Registern – auf Wunsch selbstverständlich auch anonym.

Wir behandeln Hinweise vertraulich und verantwortungsvoll. Wenn gewünscht, können wir außerdem an passende Beratungsstellen weitervermitteln. Eine Meldung verpflichtet zu nichts. Niemand muss einen Vorfall juristisch einordnen oder perfekt formulieren können. Oft reichen bereits kurze Informationen:

Wann und wo ereignete sich der Vorfall? Was ist passiert?

Wie können wir Dich bei Rückfragen erreichen?

Besonders möchten wir uns auch an Menschen wenden, die beruflich oder ehrenamtlich mit Betroffenen arbeiten: Sozialarbeiter*innen, Mitarbeitende von Hilfsverbänden, Einrichtungen der Wohnungs- und Obdachlosenhilfe, Suchthilfeeinrichtungen, Wärmestuben, Tagesstätten, medizinischen Einrichtungen sowie Beratungs- und Unterstützungsangeboten erleben sozialchauvinistische Vorfälle häufig mit oder erfahren im Gespräch mit Betroffenen davon. Uns ist bewusst, dass im oft belastenden Arbeitsalltag die unmittelbare Unterstützung der Betroffenen im Vordergrund steht. Gleichzeitig trägt jede Meldung dazu bei, das tatsächliche Ausmaß von Sozialchauvinismus sichtbar zu machen und langfristig Verbesserungen für Betroffene anzustoßen.

Auch Nachbar*innen, Passant*innen oder andere Zeug*innen können Vorfälle melden. Jede Meldung hilft dabei, Diskriminierung sichtbar zu machen.

Mehr Informationen zu den Berliner Registern: berliner-register.de

Information in Deutscher Gebärdensprache:

berliner-register.de/sprache/dgs-deutsche-gebaerdensprache

Information in Leichter Sprache: berliner-register.de/sprache/deutsch-leichte-sprache

Vorfälle online melden: berliner-register.de/vorfall-melden

Kontakt zu den Bezirksregistern: berliner-register.de/register



Fördert durch		im Rahmen von	
BERLIN			DEMOKRATIE. VIELFALT. RESPEKT.
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung		Das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	